



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

14. Februar 2022

Ägypten

Erstmals koptischer Christ zum Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts ernannt

Mit Boulos Fahmy vereidigte Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi am 09.02.22 erstmal einen koptischen Christen im Amt des Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts. Fahmy hatte zuvor u.a. die Positionen der Vizepräsidentschaft des Obersten Gerichtshofes (in den Jahren 2010 und 2014) und die Präsidentschaft des Kairoer Berufungsgerichtes inne.

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einer Bombenexplosion vor einer Moschee in der Provinz Badghis sind am 11.02.22 eine Person getötet und 14 weitere Zivilisten verletzt worden. Der Islamische Staat der Provinz Khorasan (ISKP) hat sich zu dem Anschlag bekannt. Am 07.02.22 wurden fünf pakistanische Soldaten an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan erschossen. Die Tehrik-e Taliban Pakistan (TTP) haben die Verantwortung übernommen. Pakistanische Behörden erklärten, die Schüsse seien von afghanischem Territorium abgegeben worden. Die Taliban haben widersprochen. Laut dem 29. Bericht des Analytical Support and Sanctions Monitoring Team der UN vom 03.02.22 habe der Sohn Osama bin Ladens, Abdullah, die Taliban im Oktober 2021 in Afghanistan besucht und al-Qaida und auch ISKP würden sich im Land rekonstituieren. Generell könnten sich Terrorgruppen relativ frei im Land bewegen. Die Zahl der ISKP-Kämpfer in Afghanistan sei Ende 2021, nach der Befreiung von Gefängnisinsassen durch die Taliban, von 2.200 auf ca. 4.000 Mann angestiegen. Am 07.02.22 haben die Taliban diesem UN-Bericht, nach dem die Taliban keine Maßnahmen gegen den Aufenthalt von internationalen Terroristen in Afghanistan treffen, widersprochen. Die Taliban erklärten, sie würden sich an das Doha-Abkommen – eine im Februar 2020 zwischen den USA und den Taliban geschlossene Friedensvereinbarung – halten und keine Bedrohung eines anderen Landes von Afghanistan auszulassen. Die USA haben am 07.02.22 eine Belohnung von zehn Mio. USD auf den Kopf des ISKP-Anführers, Sanallah Ghafari, auch bekannt als Shahab al-Muhajir, ausgesetzt.

Regierungsgeschäfte

Die Taliban haben am 09.02.22 Professoren, die ins Ausland geflohen waren, dazu aufgerufen wieder nach Afghanistan zurückzukehren. Am 06.02.22 erklärten die Taliban, sie hätten die Prozesse der staatlichen Behörden in Kabul untersucht und hätten so große Einsparungen machen können. In den kommenden Monaten sollen Evaluierungen in den Provinzen vorgenommen werden. Abdul Salam Hanafi, der zweite Stellvertreter des Premierministers verkündete, es gäbe seit der Machtübernahme der Taliban keine Korruption mehr. Das Kabinett der Taliban hat in einer Sitzung am 07.02.22 beschlossen, dass in Zukunft alle Sim-Karten registriert werden müssen.

Es gibt Konflikte über die Vertretung Afghanistans bei der UN. Die Taliban haben Suhail Shaheen als Geschäftsträger der Ständigen Vertretung ernannt. Der ehemalige Außenminister Hanif Atmar hingegen erklärte, dass der Stellvertreter des zurückgetretenen Positionsinhabers Ghulam Mohammad Isaczi, Mohammad Wali Naeemi, nun bereit sei die Position zu übernehmen.

Laut Berichten wurde allen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Provinz Kandahar ihre Arbeit verboten. Die anonymen Quellen sagen, ihnen wäre bei Zuwiderhandlung mit einer Gefängnisstrafe gedroht worden.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Am 11.02.22 erklärte US-Präsident Biden die in den USA eingefrorenen Reserven von ca. sieben Mrd. USD der afghanischen Zentralbank für beschlagnahmt. Die Hälfte davon soll an Opfer von 9/11 gehen, die andere Hälfte direkt an die afghanische Bevölkerung. Die Taliban bezeichneten dies als Diebstahl.

Ein Sprecher der Taliban hat sich bei der Türkei für die geleistete humanitäre Hilfe bedankt und betont, gute Beziehungen zu dem Land aufbauen zu wollen. Am 07.02.22 war ein Zug mit 750 Tonnen Hilfsgüter in Herat angekommen. Bei einer Konferenz in Genf, organisiert durch die NGO Geneva Call, trafen Vertreter der Taliban und von internationalen Organisationen und mehreren europäischen Staaten aufeinander, um die humanitäre Lage in Afghanistan zu besprechen. Die Taliban bezeichneten die bis zum 12.02.22 geführten Verhandlungen als erfolgreich. Am 08.02.22 haben Geldwechsler in Kabul einen Streik begonnen, nachdem sie von der afghanischen Zentralbank dazu aufgefordert wurden, sich neue Lizenzen zu verschaffen.

Laut einem Bericht vom 13.02.22 würden durchschnittlich täglich bis zu acht unterernährte Kinder im Indira Gandhi Krankenhaus in Kabul eingeliefert werden.

Verhaftungen / Migration

Am 12.02.22 wurden zwei Journalisten und vier seit Mitte Februar 2021 vermisste Frauenrechtsaktivistinnen durch die Taliban frei gelassen. Laut einem Bericht des Guardian vom 13.01.22 sind in Kabul weiterhin 29 Frauen und deren Familien durch die Taliban inhaftiert. Andere Frauen berichten, dass sie, nachdem sie bei Protesten von den Taliban kurzzeitig festgehalten wurden, aufgefordert wurden, nicht wieder an Protesten teilzunehmen. Sky News berichtete am 07.02.22 aus einem Gefängnis in Herat. Dort seien die Zellen überfüllt und Insassen erklärten, sie seien Mitarbeiter der ehemaligen Regierung gewesen und würden ohne Gerichtsverfahren seit Monaten festgehalten. Auch Kinder seien beispielsweise für das Stehlen eines Fahrrades seit mehreren Wochen inhaftiert.

Nach lokalen Berichten sind seit der Machtübernahme der Taliban ca. 100 Personen, die die Grenze zwischen Afghanistan und Iran illegal überqueren wollten, von iranischen Sicherheitskräften erschossen worden. Das Amt für Flüchtlinge und Rückkehrer in Herat hat erklärt, dass in dieser Zeit mehr als 460 Personen mit Verletzungen am Grenzübergang Islam Qala nach Afghanistan zurückgekehrt seien.

Algerien

Inhaftierte Hirak-Aktivist*innen im Hungerstreik

Seit 28.01.22 sollen sich, laut ihren Anwälten, über 40 inhaftierte Aktivist*innen der Hirak-Bewegung im Hungerstreik befinden. Sie protestieren damit gegen ihre über Monate andauernde Untersuchungshaft und der geänderten Gesetzeslage von Art. 87 des Strafgesetzbuches. Im Juni 2021 wurde der Artikel, der als Grundlage für ihre Verfolgung dient, dahingehend geändert, dass jetzt auch der Straftatbestand der „Änderung des Regierungssystems mit unkonventionellen Mitteln“ dem „Terrorismus“ und der „Sabotage“ gleichgestellt werden kann.

Bangladesch

Lokalwahlen beendet

Am 10.02.22 gingen die im Juni 2021 angelaufenen Union Parishad Elections (Unionsratswahlen) zu Ende. Auch im Zuge der siebten und letzten Wahlphase am 07.02. und 10.02.22 gab es Berichte über Gewalt. So wurden im Distrikt Chittagong (Chittagong Division) zwei Personen getötet, im Distrikt Thakurgaon (Rangpur Division) sollen mehrere Bomben bei dem Versuch gezündet worden sein, ein Wahllokal zu besetzen. Zudem sollen Stimmzettel gestohlen worden sein. Die Wahlen waren insgesamt von Gewalt geprägt (vgl. BN v. 08.11.21, 06.12.21 u. 10.01.22). Medienberichten zufolge kamen rd. 100 Personen im Zusammenhang mit den Wahlen ums Leben, Hunderte

wurden verletzt. Die Menschenrechtsorganisation Manabdhikar Shongskriti Foundation (MSF) spricht allein im Januar 2022 von 29 Menschen, die im Zuge der fünften und sechsten Wahlphasen getötet wurden und von über 500 Verletzten. Die International Crisis Group spricht von mindestens 17 Todesopfern in diesem Zeitraum. Die meisten gewalttätigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Wahlen ereigneten sich Medienberichten zufolge zwischen von der regierenden Awami Liga (AL) aufgestellten Kandidierenden sowie Parteimitgliedern, die nicht von der AL nominiert wurden und als Unabhängige bzw. „Rebellen“ bezeichnet wurden. Die größte Oppositionspartei Bangladesh Nationalist Party (BNP) boykottierte die Wahlen, wenngleich einige Mitglieder als Unabhängige kandidierten.

Benin

Französische Militäraktion nach tödlicher Attacke im Norden

Als Reaktion auf einen tödlichen Anschlag auf Ranger und beninische Soldaten am 08.02.22 haben französische Streitkräfte am 10.02.22 im Grenzgebiet zwischen Benin und Burkina Faso 40 Terroristen getötet. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf Angaben des französischen Generalstabs vom 12.02.22 berufen. Bei der Militäraktion seien eine Drohne und eine Fliegerstaffel eingesetzt worden. Bei dem Anschlag am 08.02.22 waren in einem abgelegenen Nationalpark im Norden Benins fünf Soldaten und ein Ranger ums Leben gekommen. Anderen Medienberichten zufolge wurden bei dem Anschlag insgesamt acht Personen getötet, darunter auch ein französischer Staatsbürger. Am 10.02.22 sei bei einem weiteren Terroranschlag eine weitere Person ums Leben gekommen. Französisches Militär ist in Westafrika seit langem gegen Islamistenmilizen im Einsatz. In der Grenzregion in Benins Norden sind auch Schmugglerbanden aktiv. Am 06.01.22 starben zwei Soldaten, als ein Fahrzeug des beninischen Militärs nahe der Grenze zu Burkina Faso eine Sprengfalle auslöste (vgl. BN v. 10.01.22).

Bosnien und Herzegowina

Bosnische Serben beschließen Schaffung eigener Justizorgane

Das Parlament der Republika Srpska hat am 10.02.22 ein Gesetz verabschiedet, das die Gründung eines eigenen Obersten Justiz- und Staatsanwaltschaftsrates vorsieht. Dieses Gremium soll für die Wahl von Richtern und Staatsanwälten zuständig sein sowie ihre Befugnisse und Zuständigkeiten festlegen, um so die Justiz der Teilrepublik aus dem Gesamtstaat herauszulösen. Der Schritt ist Teil der separatistischen Politik der Regierungspartei Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) unter ihrem Vorsitzenden Milorad Dodik, der zugleich serbischer Vertreter im bosnischen Staatspräsidium ist. Bereits im Oktober 2021 hatte die Volksvertretung der Serbenrepublik ein Gesetz zur Schaffung einer eigenen Arzneimittelbehörde verabschiedet. Die EU drohte der Republika Srpska im Januar 2022 mit Sanktionen und einer Kürzung finanzieller Hilfen, falls die Abspaltung von Bosnien-Herzegowina weiter vorangetrieben werden sollte.

Burkina Faso

Lage nach dem Militärputsch

Zweieinhalb Wochen nach dem Militärputsch in Burkina Faso wurde Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba zum neuen Staatschef ernannt (vgl. BN v. 07.02.22). Der Verfassungsrat beschloss, dass Damiba in der Hauptstadt Ouagadougou am 16.02.22 vereidigt werden soll. In seiner ersten Rede an die Nation wurde die antifranzösische Haltung im Land nicht genannt, sondern nur der Wunsch nach Souveränität mit der „die Nation neu begründet und die Integrität des nationalen Territoriums wiederhergestellt“ werden soll. Er kündigte Gerichtsverfahren gegen korrupte Strukturen des gestürzten Regimes an und vertraut auf eine unabhängige Justiz. Die verfassungsmäßige Ordnung soll so schnell wie möglich zurückkehren und die Sicherheit im Land hat oberste Priorität. Die am 03.02.22 in Accra (vgl. BN v. 07.02.22) abgehaltene ECOWAS-Delegation verzichtet vorerst auf Sanktionen. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats bezeichnete am 09.02.22 den „verfassungswidrigen Regierungswechsel“ nicht als Staatsstreich, sondern drückte in einer einstimmig angenommenen Erklärung „ernsthafte Besorgnis“ aus. Das Alltagsleben verläuft mittlerweile wieder weitgehend normal. Die Gesamtlage bleibt jedoch angespannt.

Zivilgesellschaft bildet eine Koalition zur Unterstützung des Übergangs

Die Nationale Koordinierung für einen erfolgreichen Übergang (CNRT) überwacht die durch den Übergang eingegangenen Verpflichtungen und Mängel. Ihre Mission ist es, Verstöße anzuprangern. Die Kommission gründete sich aus 15 Mitgliedern, darunter Journalisten, Anwälte, Lehrer, Anthropologen, Ökonomen und Soldaten wurde am 08.02.22 eingesetzt und muss innerhalb der nächsten 14 Tage einen Entwurf einer Charta für den Übergang, eine Tagesordnung und die Dauer des Übergangs vorlegen.

Staatsanwälte fordern 30 Jahre Haft für Blaise Compaoré wegen Mordes an Sankara

Der Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des ehemaligen Präsidenten Thomas Sankara, der im Jahr 1987 bei einem Staatsstreich getötet wurde, wurde am 09.02.22 fortgesetzt, nachdem die Junta die Verfassung wiederhergestellt hat (vgl. BN v. 07.02.22). Compaoré wird beschuldigt, das Attentat geplant zu haben. Gegen ihn wird in Abwesenheit wegen Angriffs auf die Staatssicherheit, Verbergen einer Leiche und Komplizenschaft bei einem Mord vor Gericht verhandelt.

Burundi

EU hebt Sanktionen auf

Medienberichten zufolge hob die EU die im Jahr 2016 in Kraft getretenen Sanktionen gegen Burundi am 08.02.22 auf. Die Sanktionen betrafen Hilfszahlungen in Höhe von 430 Mio. EUR, die für den Zeitraum 2015 – 2020 gedacht waren. Die EU sehe die ursprüngliche politische Krise durch den zuletzt friedlichen politischen Prozess und durch die allgemeinen Wahlen im Mai 2020 als überwunden an. Durch die Aufhebung der Sanktionen wolle man die Bemühungen Burundis, politische Institutionen zu festigen und die Menschenrechte, eine verantwortungsvolle Staatsführung, sowie die Rechtsstaatlichkeit zu fördern, unterstützen. Bereits im November 2021 haben die USA Sanktionen gegen Burundi aufgehoben.

Die Aufhebung der Sanktionen erfährt durch verschiedene NGOs ein kritisches Feedback. Demnach habe sich an der Lage in Burundi nichts in dem Maße geändert, um die Aufhebung der Sanktionen zu rechtfertigen. Die Urheber der den Sanktionen ursprünglich zugrundeliegenden Menschenrechtsverletzungen seien nach wie vor fast völlig straffrei und es käme weiterhin zu Verstößen wie Entführungen und Verschwindenlassen. Eine regierungsnahen Organisation widersprach den Bedenken der NGOs und betonte den Reformwillen des Präsidenten und führte aus, dass es keine Vorgänge wie das Verschwindenlassen gebe.

Costa Rica

Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Am 06.02.22 haben Wahlen für das Präsidentschaftsamt sowie das Parlament (Asamblea Legislativa) stattgefunden. Von den 25 zur Auswahl stehenden Kandidierenden für das höchste Staatsamt hat keiner die notwendige Mehrheit von 40 % der Stimmen erhalten, weshalb es am 03.04.22 zu einer Stichwahl kommt. Diese findet zwischen dem ehemaligen Präsidenten José María Figueres (Liberación Nacional), der auf mehr als 27 % der Stimmen kam, und dem ehemaligen Finanzminister Rodrigo Chaves (Progreso Social Democrático) statt, welcher fast 17 % im ersten Wahlgang erhielt. Die Auszählung für das Einkammerparlament mit 57 Sitzen ist noch nicht abgeschlossen, es deutet sich jedoch bereits an, dass keine Partei die absolute Mehrheit erhalten wird. Laut Angaben der nationalen Wahlbehörde nahmen etwa 40 % der Stimmberechtigten ihr Wahlrecht nicht in Anspruch.

DR Kongo

Angeblicher Staatsstreich gescheitert, Festnahmen

Am 05.02.22 wurde Medienberichten zufolge François Beya, bis zum 08.02.22 Sonderberater des Präsidenten Félix Tshisekedi für Sicherheitsfragen, vom Nationalen Nachrichtendienst (ANR) festgenommen. Beya, seit 40 Jahren Teil des Sicherheitssystems der DR Kongo, galt als wichtiges Bindeglied zwischen Präsident Tshisekedi und Altpräsident Joseph Kabila, zu dem ihm eine besondere Nähe nachgesagt wird. Es gibt Berichte über die mutmaßliche Festnahme weiterer Verdächtigter, darunter relevante politische Akteure sowie hochrangige

Angehörige der Sicherheitsdienste wie etwa Generäle der Streitkräfte. Präsident Tshisekedi habe sich zum Zeitpunkt der Ereignisse im Ausland aufgehalten. Über Tage kursierten in Medien u.a. Gerüchte über einen angeblich gescheiterten Staatsstreich. Die Verstärkung von Sicherheitsvorkehrungen, vor allem in Kinshasa und Lubumbashi, sowie eine Solidaritätsdemonstration der Präsidentenpartei Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) für den Präsidenten, habe in einer Phase der Ungewissheit die bereits angespannte Sicherheitslage weiter verschärft. In diesem Umfeld kam es laut NGO Justia ASBL vor allem in sozialen Online-Netzwerken zu Hassbotschaften und Gewaltaufrufen gegen bestimmte politische Akteure, ohne dass die Sicherheitsdienste eingegriffen hätten. Erst am 08.02.22 kam es zu einer offiziellen Stellungnahme staatlicher Stellen. Laut dem Sprecher des Staatsoberhauptes, Kasongo Mwema Yamba, stehe die Festnahme von Beya im Zusammenhang mit nicht näher beschriebenen Handlungen gegen die nationale Sicherheit. Es habe Versuche der Destabilisierung der demokratischen Institutionen gegeben. Aus Sicherheitsquellen heißt es, dass der Festnahme von Beya Ermittlungen im In- und Ausland vorausgegangen seien. Aus dem Umfeld des Präsidenten habe es geheißt, dass Altpräsident Kabila politische Destabilisierung der Regierung betreibt. Einem Medienbericht zufolge sieht die oppositionelle Lamuka-Koalition in den Ereignissen nur den altbekannten Versuch, das Abhalten von Wahlen zu konterkarieren. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind für das Jahr 2023 vorgesehen.

Einem Medienbericht zufolge versuchten mehrere, nicht näher genannte politische Akteure wegen der Ereignisse das Land zu verlassen. Am 09.02.22 hätten die Behörden dem Bruder des Altpräsidenten und ehemaligen Gouverneur von Tanganyika, Zoé Kabila, die Ausreise nach Südafrika verweigert. Zoé Kabila habe sich nach zeitweiliger Beschlagnehmung seines Diplomatenpasses einer eingehenden Befragung durch den ANR unterziehen müssen. Einzelheiten über die Hintergründe sind nicht bekannt. Inoffiziellen Angaben aus Kreisen der Kabila-Familie zufolge besteht kein Zusammenhang mit der Festnahme von Beya. Unterdessen wurde Jean-Claude Bukasa, angeblicher Tshisekedi-Getreuer und ein UDPS-Parteimitglied, am 08.02.22 zum Interims- Sonderberater für Sicherheitsfragen bestimmt.

Nord-Kivu: Festnahme von den Belagerungszustand kritisierender Abgeordneter und weiterer

Medienberichten zufolge wurde der am 08.02.22 vom ANR in der Provinzhauptstadt Goma festgenommene nationale Abgeordnete Josué Mufula mangels sachlicher Unzuständigkeit des Gerichts vorübergehend freigelassen. Er war wegen Anstiftung zum zivilen Ungehorsam und Beleidigung der Streitkräfte angeklagt und am nächsten Tag vor das örtliche Militärgericht gestellt worden. Die Festnahme habe drei Tage nach der ebenfalls durch den ANR erfolgten Festnahme des Provinzabgeordneten des Gebietes Beni (Nord-Kivu), Jean-Paul Ngangondi, stattgefunden. Ngangondi, der derzeit im Munzenze-Gefängnis in Goma inhaftiert sein soll, wird vorgeworfen, der Organisator der von den Behörden in der Stadt Beni besonders gewaltsam aufgelösten sowie von Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen gegen Belagerungszustand gewesen zu sein (vgl. BN v. 31.01.22). Unter Berufung auf Abgeordnete und informelle Quellen berichten Medien, dass das staatliche Vorgehen gegen die Abgeordneten mit ihren Medienauftritten zusammenhängen könnte. In diesen Auftritten hätten sie u.a. eine kritische Haltung gegenüber dem in politischen und zivilgesellschaftlichen Kreisen zunehmend umstrittenen Belagerungszustand eingenommen, der seit Anfang Mai 2021 gilt. Quellen aus Justizkreisen zufolge zeigen mehrere auf sozialen Online-Netzwerken kursierende Videos, wie Mufula belagerungskritische Lieder anstimmen würde. Anderen Quellen zufolge werde Mufula zur Last gelegt, Materialien verteilt zu haben, die die verhängten Sicherheitsmaßnahmen in den unter Belagerungszustand stehenden Provinzen Nord-Kivu und Ituri infrage stellen würden.

Am 08.02.22 wurde über die nicht näher begründete Festnahme des Provinzabgeordneten Jean-Paul Paluku Ngahangondi in Beni und einer früheren Festnahme sowie seitherigen Inhaftierung des Provinzabgeordneten Didier Lukogho Zentralgefängnis von Goma berichtet. Letzterem wird die Organisation einer Kundgebung in Lubero (Nord-Kivu) vorgeworfen. Alle hier genannten Abgeordneten genießen parlamentarische Immunität.

Süd-Kivu: humanitäre und Sicherheitslage weiterhin kritisch, Einsatz von Kindersoldaten

Aus einem am 10.02.22 veröffentlichten Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) geht hervor, dass die Situation der Bevölkerung in der Provinz Süd-Kivu, dort vor allem in den Hochebenen der Territorien Uvira und Fizi, durch eine anhaltend schlechte humanitäre- und Sicherheitslage bestimmt wird. Die Gewalt zwischen den Gemeinschaften einerseits und den Kampfhandlungen zwischen den kongolesischen Streitkräften (FARDC) und den diversen bewaffneten Gruppen andererseits würden anhalten. Sexualisierte Gewalt sei ein ernsthaftes Problem. Es würde zu Plünderungen von Gesundheitszentren, Brandschatzungen und anhaltenden Fluchtbewegungen kommen. Unter Bezugnahme auf einen am 12.02.22 erschienen Bericht der UN-Stabilisierungsmission in der DR

Kongo (MONUSCO) berichtet das UN-Informationsradio Okapi am 13.02.22, dass im Berichtsjahr 2021 allein in Süd-Kivu mehr als 470 Kinder vonseiten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen rekrutiert und in bewaffneten Konflikten eingesetzt wurden. 50 dieser in Süd-Kivu eingesetzten Kindersoldaten, darunter zwölf Mädchen, seien getötet sowie 169 Opfer sexualisierter Gewalt geworden. Im Berichtsjahr 2021 seien Kinder nicht im Einsatz der FARDC in Süd-Kivu gewesen. Der UN-Sanktionsausschuss erklärte im November 2021, dass es landesweit in den Reihen der FARDC keine Kindersoldaten mehr gebe (vgl. BN v. 15.11.21). Kinder werden in mehreren Konfliktprovinzen von unterschiedlichen nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen (zwangs)rekrutiert und in bewaffneten Konflikten eingesetzt (vgl. BN v. 04.10.21).

Ghana

Anführer der #FixTheCountry-Bewegung festgenommen

Der Anführer der Bewegung #FixTheCountry, Oliver Barker-Vormawor, ist Medienberichten zufolge am 11.02.22 nach seiner Rückkehr aus Großbritannien am internationalen Flughafen der Hauptstadt Accra verhaftet worden. Die Polizei werfe ihm vor, in den sozialen Medien die Absicht eines Putsches erklärt zu haben. Diese Absichtserklärung enthalte auch den möglichen Willen zu dessen Durchführung. Barker-Vormawor habe in einer Nachricht auf Facebook erklärt, dass er den Putsch selbst durchführen werde, falls das Parlament einen kontroversen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Steuer von 1,75 % auf elektronische Transaktionen, auch „E-Levy“ genannt, einführen würde. Außerdem habe er das Militär als nutzlos bezeichnet.

Die Bewegung #FixTheCountry entstand in den sozialen Medien und weitete ihre Proteste, u.a. gegen wirtschaftliche Missstände im Land, später auf die Straßen aus (vgl. BN v. 27.09.21).

Guinea-Bissau

Verhaftungen nach Umsturzversuch

Nach dem vermeintlichen Putschversuch vom 01.02.22 (vgl. BN v. 07.02.22) machte Staatspräsident Umaro Sissoco Embaló am 10.02.22 einen ehemaligen Konteradmiral und zwei weitere Personen für diesen verantwortlich. Embaló sagte der Presse gegenüber, José Americo Bubo Na Tchuto sowie Tchamy Yala und Papis Djeme als seine Komplizen hätten hinter dem Umsturzversuch gestanden. Alle drei seien festgenommen worden. Die Täter hätten Verbindungen zu den großen Drogenkartellen. Schon im Jahr 2013 waren dieselben drei Personen durch die US-amerikanische Drug Enforcement Administration (DEA) verhaftet worden; sie erhielten jeweils mehrjährige Haftstrafen und kehrten nach ihren Freilassungen nach Guinea-Bissau zurück.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Oppositionspolitiker Domingos Simões Pereira (Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde, PAIGC) äußerte Medienberichten zufolge Zweifel an der Darstellung der Ereignisse vom 01.02.22 durch die Regierung. Er fordert eine unabhängige, manchen Medienberichten zufolge gar eine internationale Ermittlungskommission. Für die Zustimmung zu einer ECOWAS-Stabilisierungsmission (vgl. BN v. 07.02.22) sei die Nationalversammlung (Parlament) zuständig.

Angriffe auf Medienvertretende

Am 07.02.22 wurden die Räumlichkeiten des oppositionsnahen, privaten Radiosenders Capital FM angegriffen. Das berichteten Medien übereinstimmend. Die uniformierten, maskierten und mit Maschinengewehren bewaffneten Angreifer zerstörten Einrichtungsgegenstände. Drei Journalisten wurden verletzt, davon einer, Reporter ohne Grenzen (RSF) zufolge, schwer. Laut einem Vertreter des Innenministeriums bestand kein Bezug zu den Ereignissen vom 01.02.22. Capital FM war am 26.07.20 bereits Ziel eines ähnlichen Angriffs geworden. Laut RSF konnten die damals Verantwortlichen trotz Ermittlungen nicht festgestellt werden. Am 08.02.22 wurde das Haus des Analysten Rui Landim, tätig für Capital FM, aber auch für internationale Medien sowie in der Vergangenheit für ECOWAS, von bewaffneten Personen angegriffen. Der Angriff verlief offenbar erfolglos, von Verletzten wurde nicht berichtet.

Indien

Kaschmir: Einschränkung der Pressefreiheit; Löschung von regierungskritischen Berichten

Seit Aufhebung des teilautonomen Sonderstatus wird die Pressefreiheit in Kaschmir weiter zunehmend eingeschränkt. Journalisten werden kriminalisiert und Werbeanzeigen in Medien gekürzt. Über Jahrzehnte dokumentierten lokale Medien in Kaschmir die dort herrschenden Konflikte der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung mit dem Vorgehen des indischen Sicherheitsapparats in der Region. In jüngerer Vergangenheit war festzustellen, dass hauptsächlich regierungskritische Berichte aus digitalen Archiven verschwunden sind. Betreibende lokaler Medien äußern sich nicht zu diesem Thema und geben technische Probleme vor. Kritische Medienschaffende sehen darin die Absicht der indischen Regierung, die konfliktreiche Geschichte Kaschmirs nicht weiter zu thematisieren.

Karnataka: Kopftuch-Verbot an öffentlichen Bildungseinrichtungen

Am 05.02.22 trat im von der hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) regierten südindischen Bundesstaat Karnataka ein Kopftuchverbot an öffentlichen Bildungseinrichtungen in Kraft. Bei Protesten kam es zu Auseinandersetzungen mit Befürwortenden. Bildungseinrichtungen im Bundesstaat wurden vorübergehend geschlossen. Muslimische Aktivistinnen haben gegen das Gesetz geklagt. Sie argumentieren, die in der indischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit ermögliche es Inderinnen jeden Glaubens, Kleidung ihrer Wahl zu tragen und religiöse Symbole zu zeigen. Außerdem steht Karnataka wegen eines im Jahr 2021 erlassenen Anti-Konversionsgesetzes sowie eines das Schlachten von Kühen verbotenden Gesetzes in der Kritik. Nach Ansicht der Opposition zielten diese Gesetze auf Christen und Muslime ab.

Uttar Pradesh: Regionalwahlen

Seit 10.02.22 finden im bevölkerungsreichsten nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh mit 200 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern Regionalwahlen statt. Uttar Pradesh gilt als Hochburg der hindunationalistischen BJP. Daher gelten die in sieben Phasen abgehaltenen Wahlen auch als Stimmungstest für die BJP. Ein wahrscheinlicher Wahlsieg würde der Partei für die im Jahr 2024 anstehenden landesweiten Parlamentswahlen Auftrieb verleihen.

Irak

Luftangriffe gegen IS-Ziele

Am 13.02.22 hat die irakische Luftwaffe im Zghitun-Tal (West-Kirkuk) Luftangriffe gegen ein mutmaßliches IS-Versteck durchgeführt. Bereits am 08.02.22 hatte die irakische Luftwaffe eine Höhle in Hatra (Nineva) unter Beschuss genommen, dabei kamen sieben mutmaßliche IS-Anhänger ums Leben. Die Höhle wurde laut irakischen Militärquellen als Kommandozentrale durch den IS genutzt. Ebenfalls am 08.02.22 haben zentralirakische Truppen und Soldaten der Peschmerga in einer gemeinsamen Sicherheitsoperation einen Angriff des IS in Kirkuk vereitelt. In den zwischen Bagdad und Erbil umstrittenen Gebieten in Diyala, Kirkuk und Salahaddin herrscht ein Sicherheitsvakuum, welches es dem IS möglich macht, die Gebiete als Rückzugsorte zu nutzen.

Iran

Drohungen gegen iranische BBC-Mitarbeiter und deren Familienangehörige

Die BBC hat eigenen Angaben zufolge offiziell Beschwerde gegen die fortgesetzten Schikanen gegen iranischstämmige Angestellte des Senders bei den UN eingereicht. Damit stellt sich die BBC hinter ihre Mitarbeitenden und fordert die Einstellung jeglichen Drucks gegen deren Familienangehörige in Iran. Eine führende Vertreterin des Senders hatte diesbezüglich auf einer internationalen Konferenz zur Pressefreiheit in Tallinn Morddrohungen, Online-Kampagnen, Schikanen, Verhöre von Familienangehörigen der Mitarbeitenden und Druck gegen diese angeprangert. Sexuelle Angriffe gegen die Mitarbeitenden aber auch das Einfrieren von deren Guthaben in Iran müssten aufhören. Mit diesen Mitteln versuche Teheran die Angestellten der BBC dazu zu bringen, ihre Arbeit einzustellen. Der Chefredakteur der persischen Redaktion der BBC, Kasra Naji, bestätigte die Vorwürfe in Interviews mit anderen Auslandsmedien und gab an, dass es sich bereits um die dritte Beschwerde in den letzten fünf Jahren

handele. Immer wieder würden Familienangehörige von den Sicherheitsbehörden vorgeladen. Eine gängige Drohung sei, dass wenn die iranischen Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit bei dem Sender nicht einstellen, sie in den Straßen von London ums Leben kommen oder das Schicksal des Ende 2020 hingerichteten Journalisten Ruhollah Zam teilen könnten. Dieser war im Oktober 2019 von iranischen Agenten aus dem Pariser Exil nach Irak gelockt und von dort nach Iran entführt worden (vgl. BN v. 14.12.2020).

Festnahme eines Journalisten und Aktivisten

Medienberichten zufolge wurde am 12.02.22 in Tabriz (Provinz Ost-Aserbaidschan) ein Journalist von Sicherheitskräften festgenommen. Der Mann wurde im Jahr 2021 durch ein Berufungsgericht zu insgesamt drei Jahren und acht Monaten Gefängnis wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in regimefeindlichen Gruppen und Propaganda gegen das Regime verurteilt. Neben journalistischen Tätigkeiten betätigte sich der Verurteilte als Herausgeber, Übersetzer und Gründer einer unabhängigen Studentenorganisation an der Freien Universität von Tabriz. Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen hatte sich der Mann aufgrund der Teilnahme an Protesten in Tabriz im Jahr 2019 und der Berichterstattung über den Gesundheitszustand seines inhaftierten Bruders bereits in den Jahren 2020/21 zeitweise in Haft befunden.

Razzia im Verlag für kurdische Literatur

Iranische Auslandsmedien berichten unter Verweis auf ein kurdisches Menschenrechtsnetzwerk von einer Razzia am 07.02.22 in den Büroräumen eines Verlages für kurdische Literatur und Kunst. Außerdem kam es zu einer Durchsuchung der Wohnung des Verlagsleiters durch Geheimdienstmitarbeiter der Revolutionswächter (kurz: Sepah/Pasdaran). Dabei sei es zu Beschlagnahmungen gekommen. Der Verlagsleiter sei in den Jahren zuvor mehrfach von Sicherheitsbehörden vorgeladen, verhört und bedroht worden. Zu den Aktivitäten des Verlages zählten u.a. die Verleihung von Literaturpreisen an kurdische Schriftsteller in den Kategorien Forschung, Literatur- und Wissenschaftskritik. Gründe für die erfolgte Durchsuchung wurden den Berichten zufolge nicht bekannt.

Jemen

Anstieg ziviler Opfer seit Oktober 2021

Laut der NGO Norwegian Refugee Council (NRC) hat sich die Zahl der zivilen Opfer nahezu verdoppelt, seit im Oktober 2021 der UN-Menschenrechtsrat das Mandat der Untersuchungsmission zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen (Group of Eminent International and Regional Experts on Yemen, GEE) nicht verlängert hatte. In den vier Monaten davor lag die Zahl der zivilen Toten und Verletzten bei 823, in den vier Monate danach bei 1.535. Auch die Zahl der Luftangriffe der von Saudi-Arabien angeführten Anti-Houthi-Koalition ist im gleichen Zeitraum um das 39-fache gestiegen. NRC macht das Fehlen einer Untersuchungsinstanz für die hohen Zahlen verantwortlich. Das Mandat der UN-Expertengruppe war überraschend nicht verlängert worden, nachdem Saudi-Arabien Berichten zufolge abstimmungsberechtigte Länder unter Druck gesetzt hatte, damit diese gegen eine Verlängerung stimmen (vgl. BN v. 11.10.21).

UNOCHA hat am 10.02.22 mitgeteilt, dass im Januar 2022 234 Zivilpersonen getötet und weitere 431 verletzt wurden, die höchste Zahl seit drei Jahren.

UN-Personal entführt

Am 11.02.22 wurden fünf UN-Mitarbeiter im Gouvernement Abyan entführt, als sie auf dem Rückweg nach Aden waren. Berichten zufolge handelt es sich bei den Entführern um Personen mit Bezug zu al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP).

Marib: 100.000 Vertriebene

Laut Oxfam wurden seit Beginn der Kämpfe um die Stadt Marib im gleichnamigen Gouvernement rd. 100.000 Personen vertrieben. Die Houthis hatten im Februar 2021 eine Offensive gestartet, um die Stadt Marib einzunehmen, die letzte Stadt im nördlichen Jemen unter Kontrolle der Regierung.

Kenia

Nubische Minderheit kämpft noch immer um offizielle Anerkennung

Presseberichten zufolge leben Kenianerinnen und Kenianer aus der nubischen Gemeinschaft nach wie vor am Rande der Gesellschaft. Der Erwerb eines Personalausweises und amtlicher Dokumente zur Arbeitsaufnahme, der Besuch einer staatlichen Schule oder ein Hochschulabschluss, der Zugang zur Krankenkasse, die Eröffnung eines Bankkontos oder Unterlagen zur Wahlteilnahme werde ihnen erschwert. Die staatliche Ausgrenzung durch die staatlichen Behörden hat historische Gründe: die Nubier werden von den Kenianern seit der Unabhängigkeit im Jahr 1963 als auf der Seite der Briten stehend wahrgenommen. Die britische Armee verschleppte im Jahr 1900 die nubische Gemeinschaft mit Zwang aus dem Sudan, um ihnen bei der Sicherung Kenias zu helfen.

Kolumbien

Anschlag auf eine Militärbasis im Bundesstaat Meta

Am 09.02.22 sind bei einem Terroranschlag in Granada im Bundesstaat Meta laut Angaben des Verteidigungsministeriums in der Nähe des Militärstützpunktes Bataillon 21 Vargas ein Soldat getötet sowie sechs weitere verletzt worden.

Libanon

Kabinett verabschiedet Haushaltsgesetz

Am 10.02.22 hat sich das libanesisches Kabinett auf den Haushalt für das laufende Jahr geeinigt. Der Haushalt umfasst ein Defizit von rd. 17 % und wird dem Sayrafa-Wechselkurs folgen. Strom- und Energiekosten sind nicht im Haushalt berücksichtigt, diese sollen in den kommenden Wochen separat festgelegt werden. Der libanesischer Premierminister Mikati verkündete, dass es aufgrund finanzieller Defizite keine kostenlose Bereitstellung von Strom und Wasser mehr geben werde. Vor Inkrafttreten muss der Haushalt in der kommenden Woche noch vom Parlament angenommen werden. Libanon befindet sich seit rd. zwei Jahren in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, die Energieversorgung im Land ist größtenteils zusammengebrochen.

Libyen

Parlament ernennt Fathi Bashagha zum neuen Ministerpräsidenten

Am 10.02.22 verkündete der Sprecher des im ostlibyschen Toburk ansässigen Parlaments (House of Representatives, HoR), die Ernennung des ehemaligen Innenministers Fathi Bashagha zum neuen Ministerpräsidenten, nachdem ein weiterer Kandidat im Vorfeld zurückgetreten war. Aus Sicht des Parlaments endete das Mandat des amtierenden Ministerpräsidenten Abdul Hamid Dbaiba, welcher die international anerkannte Regierung der nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) anführt, im Dezember 2021 mit dem Scheitern der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Neben Abdul Hamid Dbaiba lehnten auch die UN den Schritt des HoR ab und sicherten der GNU Unterstützung zu. General Khalifa Haftar, Anführer der den Osten und große Teile des Südens kontrollierenden Libysch-Arabischen Streitkräfte (Libyan Arab Armed Forces, LAAF – ehemals Libyan National Army, LNA), begrüßte die Entscheidung des Parlaments.

Wenige Stunden vor der Wahl zum neuen Premierminister soll Dbaibas Konvoi in der Hauptstadt Tripolis von Bewaffneten angegriffen worden sein; Verletzte habe es nicht gegeben.

Dieser Schritt des Parlaments könnte die Teilung Libyens in östliche und westliche Einflussphären weiter verstärken und die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen erhöhen, da sowohl Dbaiba wie auch Bashagha von unterschiedlichen bewaffneten Gruppierungen unterstützt werden.

Mali

Aktuelle Entwicklung

Die Lage in Mali verschlechtert sich zusehends und droht weiter zu eskalieren. Dies betrifft sowohl die innenpolitische Lage als auch den Umgang mit den ausländischen Truppen im Land.

Die Militärregierung unter Assimi Goïta, die im Januar 2022 bekannt gab, die für Februar 2022 vorgesehenen Wahlen um fünf Jahre zu verschieben (vgl. BN v. 03.01.22) legte nun einen Gesetzentwurf vor, der vorsieht, das Amt des Vizepräsidenten abzuschaffen. Kritiker sehen darin eine Festigung der Machtposition von Goïta.

Die Beziehungen zwischen der aktuellen Militärregierung und den westlichen Regierungen, hat sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Dies betrifft die Verschiebung der Wahlen, die lange bestrittene Ankunft von russischen Söldnern der Wagner-Gruppe sowie Anfang Februar 2022 die Ausweisung des französischen Botschafters und von dänischen Spezialkräften. Weitere Vorfälle folgten, die die Arbeit für die internationalen Truppen in Mali erschweren. Daneben wächst die Unzufriedenheit in der malischen Bevölkerung über die Präsenz der internationalen Truppen und dabei insbesondere der französischen Streitkräfte.

Die EU hat weitere Sanktionen gegen die malische Regierung erlassen. Fünf hochrangige Personen sind mit einem Reiseverbot in die EU belegt und ihr Vermögen ist eingefroren worden.

Dschihadisten bei Militäroperationen getötet

Laut Informationen des französischen Militärs sollen Anfang Februar 2022 bei gemeinsam mit malischen Streitkräften durchgeführten Militäroperationen mindestens 30 mutmaßliche Dschihadisten getötet und zahlreiche Fahrzeuge und Waffen zerstört worden sein. Die Militäraktion fand im Dreiländereck Mali-Niger-Burkina Faso statt.

Mexiko

Gewalt gegen Medienschaffende: Journalist getötet, Verdächtige in Tötungsdelikten festgenommen

Am 10.02.22 ist mit Heber López Vásquez erneut ein Medienschaffender in Salina Cruz im Bundesstaat Oaxaca getötet worden. Er betreute als unabhängiger Journalist die Seite Noticias Web und berichtete in der Vergangenheit häufig zu politischen Themen und Korruption der Lokalregierung. Laut lokalen Kollegen soll er bereits im Jahr 2019 mehrfach Drohungen aufgrund seiner Arbeit erhalten haben. Zwei Verdächtige sind festgenommen worden. Am 09.02.22 sind zudem auch die drei mutmaßlichen Auftragskiller im Tötungsdelikt der Journalistin Lourdes Maldonado (vgl. BN v. 24.01.22) festgenommen worden, mehrere Medien kritisierten, dass bislang keine Informationen zu Motiven und möglichen Auftraggebern veröffentlicht worden seien. Der Fall hatte als drittes Tötungsdelikt an Medienschaffenden im Januar 2022 zahlreiche landesweite Proteste und Kritik an den Schutzmechanismen für Journalistinnen und Journalisten im Land ausgelöst. Aktivistinnen und Aktivisten machen vor allem das organisierte Verbrechen und Drogenkartelle, aber auch korrupte Beamte für den Großteil der Tötungen von Medienschaffenden verantwortlich.

Montenegro

Neue Strategie gegen häusliche Gewalt und Femizide gefordert

Laut aktuellem Medienbericht plädieren Experten dafür, dass die Behörden in Montenegro ihren Umgang mit häuslicher Gewalt überdenken. Am 17.01.22 starb eine 27-jährige schwangere Roma-Frau, nachdem sie fünf Tage zuvor von ihrem inzwischen verhafteten Ehemann in ihrem Haus in der Hafenstadt Bar brutal misshandelt und zusammengeschlagen worden war; sie sei bereits das dritte Opfer eines Frauenmordes in Montenegro in den letzten vier Monaten. Alle drei betroffenen Frauen hätten ihre Partner zuvor bei der Polizei angezeigt. Der Leiterin des Zentrums für Frauenrechte in Podgorica, Maja Raicevic, zufolge müsse das bestehende System im Kampf gegen Femizide komplett umgebaut werden, da die Bevölkerung den Institutionen zu wenig Vertrauen schenke und die Behörden zu passiv seien. Polizeiliche Daten deuteten auf einen Anstieg der häuslichen Gewalt seit 2019 hin, wobei die Tendenz, solche Fälle als Ordnungswidrigkeiten zu registrieren, bereits im letzten EU-Fortschrittsbericht bemängelt worden sei. Nach Angaben der Gerichte in den Städten Podgorica, Kotor und Bijelo Polje seien im Jahr 2021 in 79 Fällen von häuslicher Gewalt Urteile gefällt worden, von denen aber nur zehn zu Haftstrafen geführt

hatten. Die Soziologin Milena Jelic Suntic habe vor einer weitgehend konservativen Haltung der Gesellschaft gewarnt, die häusliche Gewalt immer noch als Privatsache betrachte.

Myanmar

Kämpfe in Kachin, Rakhine, Sagaing, Chin, Kayah und Bago

Bei einer Reihe von Gefechten zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und der Kachin Independence Army (KIA) sollen in Hpakant (Bundesstaat Kachin) zwischen dem 03.02. und 05.02.22 rd. 200 Junta-Kräfte getötet worden sein. Am 05.02.22 verübte die Tatmadaw Luftschläge gegen KIA-Truppen und zivile Ziele.

Am 04.02, 06.02 und 07.02.22 kam es in Maungdaw (Bundesstaat Rakhine) zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Arakan Army (AA) und der Tatmadaw, nachdem letztere einen Stützpunkt der AA angegriffen hatte. Die AA wirft dem Militär den Bruch eines 2020 vereinbarten Waffenstillstands vor. Ein AA-Kämpfer und mehrere Juntakräfte sollen getötet worden sein, zudem kamen zwei Zivilpersonen ums Leben.

In der Region Sagaing verübte die Kalay People's Defence Force (PDF) am 06.02.22 mehrere Anschläge auf Tatmadaw-Truppen, nachdem diese ein Dorf in der Gemeinde Kalay beschossen und acht Zivilpersonen verletzt hatten. Bei den Angriffen der PDF kamen mindestens 20 Soldaten ums Leben. In der Gemeinde Katha tötete die Katha-PDF am selben Tag mindestens 16 Junta-Kräfte. Weitere Angriffe auf Ziele der Tatmadaw durch PDFs erfolgten am 05.02. und 06.02.22 in den Gemeinden Shwebo, Kani und Pale. Zwischen dem 05.02. und 09.02.22 legten Junta-Kräfte Brände in mehreren Dörfern der Gemeinde Taze, wo eine Allianz aus mehreren PDFs am 09.02.22 eine Polizeistation angriff. Am 06.02. und 07.02.22 führte die Tatmadaw Luftangriffe auf acht Dörfer der Gemeinde Ye-U durch. 70 Personen wurden bei Razzien verhaftet und zwei getötet, mindestens 15.000 Menschen flohen. In Wetlet entdeckten Einheimische die verkohlten Überreste von sechs Personen, die bei einer Razzia am 30.01.22 festgenommen worden waren. Medienberichten zufolge gibt es Hinweise darauf, dass die Gefangenen lebendig verbrannt wurden. Bei Kämpfen in Kawlin kamen am 08.02.22 fünf Mitglieder der örtlichen PDF ums Leben. Wie am selben Tag berichtet wurde, töteten Junta-Kräfte bei Razzien in Myinmu am 31.01. und 03.02.22 mindestens 24 Zivilpersonen. Mindestens 20 der Leichen wurden verkohlt und zerstückelt aufgefunden.

Zwischen dem 24.01. und 07.02.22 griffen Angehörige der Chinland Defence Force (CDF) wiederholt einen Militärkonvoi an, der von Matupi nach Mindat (Bundesstaat Chin) unterwegs war. Eigenen Angaben zufolge töteten sie dabei mindestens 20 Soldaten. Truppen des Konvois überfielen und beschossen entlang des Weges mehrere Dörfer. Dabei starb ein Kind, hunderte Menschen flohen. In den Gemeinden Kalay (Sagaing) und Loikaw (Bundesstaat Kayah) kamen am 07.02. und 08.02.22 bei Angriffen der Kalay-PDF, der Chin National Defence Force (CNDF), der Karenni Nationalities Defence Force (KNDF) und der Karen Army 26 Junta-Kräfte und ein Widerstandskämpfer ums Leben. Am 08.02.22 sollen bei Überfällen und Angriffen lokaler PDFs in den Gemeinden Yinmabin, Khin U, Pale, Shwebo (Sagaing) und Gyobingauk (Region Bago) rd. 35 Tatmadaw-Soldaten getötet worden sein. In Khin U starben bei Gefechten auch zwei Zivilpersonen. In Pale hatten Junta-Kräfte zwischen dem 03.02 und 05.02.22 vier Zivilpersonen erschossen und zwei Dörfer in Brand gesetzt, wovon eines fast vollständig, das andere zur Hälfte niederbrannte.

Bei Kämpfen zwischen der Tatmadaw und einer lokalen PDF in Demoso (Kayah) schlug am 10.02.22 eine Artilleriegranate in ein Lager für Binnenvertriebene ein. Mehrere Unterkünfte wurden zerstört und eine Person verletzt. In einem Dorf der Nachbargemeinde Loikaw wurden nach den Zusammenstößen die bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Leichen von zwei Zivilpersonen gefunden.

Verschlechterung der humanitären Lage

Während die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen Ende 2021 auf rd. 661.000 beziffert wurde, stieg diese nach UN-Angaben bis zum 11.02.22 auf über 800.000. Fluchtgrund für 440.000 war der Militärputsch (vgl. BN v. 07.02.22). Am stärksten betroffen sind die Bundesstaaten Kayin, Kayah, Mon, Shan und Chin sowie die Regionen Bago, Tanintharyi, Magway und Sagaing. Laut UN ist von einer weiteren Verschlechterung der Lage auszugehen.

Nicaragua

Erste Verurteilungen in Strafprozessen gegen politische Gefangene, Tod des politischen Gefangenen Torres

Am 01.02.22 haben Strafprozesse gegen zahlreiche politische Gefangenen begonnen. Seither sind laut Angaben des Nicaraguanischen Zentrums für Menschenrechte (Cenidh) 19 Personen unter Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Untergrabung der nationalen Souveränität schuldig gesprochen und zu Freiheitsstrafen zwischen acht und 13 Jahren verurteilt worden. Als Zeugen wurden Medienberichten zufolge häufig nur Polizeibeamte gehört, vorgebrachtes Beweismaterial sei mitunter fragwürdig. Mit Hugo Torres ist ein weiterer politischer Gefangener laut offiziellen Angaben am 12.02.22 nach gesundheitlichen Beschwerden in Haft verstorben. Mehrere NGOs haben bereits öffentlich Kritik an dieser Darstellungsweise der Regierung geäußert und fordern eine unabhängige Aufarbeitung seines Todes.

Nigeria

Präsident stellt neue Bevölkerungspolitik vor

Medienberichten zufolge hat Präsident Muhammadu Buhari am 03.02.22 offiziell eine überarbeitete nationale Bevölkerungspolitik für nachhaltige Entwicklung vorgestellt. Buhari betonte die Notwendigkeit dringender Maßnahmen, um die hohe Geburtenrate des Landes anzugehen und die Gesundheit von Frauen, Kindern und Neugeborenen zu verbessern. Konkret beabsichtige die Regierung, Beratungsangebote auszuweiten und den Zugang zu modernen Verhütungsmethoden landesweit zu verbessern. Einem neuen Nationalen Rat für Bevölkerungsmanagement (National Council on Population Management, NCPM) werden Buhari selbst und Vizepräsident Yemi Osinbajo vorsitzen. Nigeria ist mit rd. 211,4 Mio. (2021) Einwohnern das mit Abstand bevölkerungsreichste Land Afrikas.

Tödliche Überfälle im Nordwesten

Am 04.02.22 haben Unbekannte mehrere Orte im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara angegriffen, Dutzende getötet und weitere Personen entführt. Das geht aus übereinstimmenden Medienberichten hervor. Nach Angaben eines lokalen Zeugen sei eine der Attacken erfolgt, weil die von einer kriminellen Gruppierung geforderte Abgabe in Höhe von 40 Mio. NGN (rd. 85.000 EUR, Stand 14.02.22) nicht entrichtet worden sei. Medienberichten zufolge sind allein in den ersten drei Wochen des Jahres 2022 in ganz Nigeria mindestens 486 Menschen von nichtstaatlichen Akteuren getötet worden, mehr als die Hälfte von ihnen durch sogenannte Banditen im Nordwesten und im Bundesstaat Niger (vgl. BN v. 07.02.22). Aus dem Bundesstaat Katsina wurden zuletzt Überfälle auf drei Ortschaften vom 07.02. auf den 08.02.22 mit 13 Toten gemeldet.

Borno State: ISWAP-Kämpfer und ihre Familien ergeben sich

Laut Medienberichten haben sich am 05.02.22 im nordöstlichen Bundesstaat Borno 22 der islamistischen Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) zugehörige Männer mit ihren Familien dem nigerianischen Militär gestellt. Nach Angaben der Armee handelt es sich um insgesamt 104 Personen. Im Zeitraum Mai 2021 bis Anfang Januar 2022 hatten sich dem Militär im Nordosten Nigerias bereits rd. 24.000 Personen ergeben, die von nigerianischen Regierungsstellen als Terroristen bezeichnet werden bzw. Familienmitglieder dieses Personenkreises sind (vgl. BN v. 24.01.22). Boko Haram und ISWAP sind in der Region für eine Vielzahl terroristischer Aktivitäten verantwortlich. Diese umfassen u.a. Überfälle, Selbstmordanschläge und Entführungen.

Pakistan

Anschläge auf Sicherheitskräfte

Am 06.02.22 wurden bei einem Angriff der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) drei Soldaten im Distrikt Kurram in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa getötet.

Am 07.02.22 wurden zwei Sicherheitskräfte des paramilitärischen Frontier Corps (FC) in Quetta, Hauptstadt der Provinz Belutschistan, nach der Explosion einer am Straßenrand platzierten Bombe getötet und ein Zivilist verletzt. Die Baloch National Army (BNA) bekannte sich zu diesem Anschlag.

Hinduistischer Hochschullehrer wegen Blasphemie verurteilt

Am 07.02.22 hat ein Gericht in Sukkur (Sindh) einen hinduistischen Schuldirektor wegen Blasphemie zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war im September 2019 verhaftet worden, nachdem ein Video in den sozialen Medien aufgetaucht war, in dem ein Schüler dem Lehrer Beleidigung des Propheten Mohammed vorwarf. Daraufhin erstattete ein örtlicher muslimischer Geistlicher bei der Polizei wegen Blasphemie Anzeige. Nach Aussage von Angehörigen habe sich die Verurteilung ohne sonstige Beweise nur auf die Aussage des Schülers gestützt.

Mob tötet Mann wegen mutmaßlicher Blasphemie

Am 13.02.22 hat ein aus mehreren hundert Personen bestehender Mob im Distrikt Khanewal in der Provinz Punjab einen Mann wegen mutmaßlicher Schändung des Koran zu Tode gesteinigt. Ein Mitarbeiter der örtlichen Moschee berichtete Dorfbewohnern, der Mann habe einen Koran in der Moschee verbrannt. Daraufhin formierte sich eine Menschenmenge, die den Mann zu Tode steinigte. Die Polizei sei nicht in der Lage gewesen, während der Tat einzugreifen. Anschließend seien Dutzende festgenommen worden.

In Pakistan kommt es regelmäßig zu Angriffen von Mobs auf Menschen, die der Blasphemie beschuldigt werden. Die Anschuldigungen werden oft dazu benutzt, persönliche Auseinandersetzungen auszutragen und religiöse Minderheiten einzuschüchtern. Erst im Dezember 2021 lynchte ein Mob in Sialkot (Punjab) einen Mann aus Sri Lanka und verbrannte seine Leiche.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Ostjerusalem: Israelische Behörden reißen Familienhaus eines palästinensischen Angreifers ab

Am 01.02.22 rissen israelische Behörden das Haus der Familie eines palästinensischen Milizenangehörigen ab, der bei einem Angriff auf Personen in Ostjerusalem im November 2021 einen Israeli tötete und vier weitere Verletzte, bevor er selbst von Angehörigen des Militärs getötet wurde (vgl. BN v. 22.11.21). Zahlreiche Menschenrechtsgruppen kritisieren die Zerstörung der Familienhäuser palästinensischer Milizen und werfen den Behörden Kollektivstrafen vor. Die Behörden begründen die Notwendigkeit der Zerstörungen zum Zwecke der Abschreckung.

Westjordanland: 78-Jähriger Palästinenser in israelischer Haft verstorben

In einer Stellungnahme am 01.02.22 gestand das israelische Militär das Fehlverhalten einiger seiner Soldaten im Fall eines im Gewahrsam verstorbenen 78-jährigen Palästinensers mit amerikanischer Staatsangehörigkeit ein. Das Militär sprach in diesem seltenen Eingeständnis von unmoralischem und verwerflichem Verhalten durch die eigenen Soldaten. Der verantwortliche Bataillonskommandeur erhielt eine Verwarnung, der Zugführer sowie der Kompaniekommandeur wurden ihrer Posten enthoben und für zwei Jahre von leitenden Positionen ausgeschlossen.

Eine Autopsie kam zu dem Schluss, dass der Tod des gesundheitlich bereits angeschlagenen Mannes durch plötzliches Versagen des Herzmuskels eingetreten sei, verursacht durch psychische Anspannung aufgrund der Gewalt, der er ausgesetzt war. Angaben des Militärs zufolge konnte der Mann bei einer Sicherheitskontrolle keine Ausweisdokumente vorweisen und habe die Kooperation verweigert. Daraufhin sei er in einem nahegelegenen Gebäude in Gewahrsam genommen, sollte allerdings wieder freigelassen werden. Demnach seien die Militärangehörigen davon ausgegangen der Verstorbene habe beim Lösen der Fesseln geschlafen.

Westjordanland: Drei vermeintliche Milizenangehörige, ein minderjähriger Palästinenser durch Militär getötet

Angaben des israelischen Militärs zufolge wurden in einer Operation am 08.02.22 in der Stadt Nablos drei vermeintliche palästinensische Milizenangehörige bei dem Versuch sie zu verhaften getötet. Sie hätten Waffen getragen und während der Verhaftung den Eindruck vermittelt, diese nutzen zu wollen.

Des Weiteren wurde in Jenin ein 17-jähriger Palästinenser von israelischem Militär durch einen Kopfschuss getötet. Das Militär habe versucht, Auseinandersetzungen zwischen ultranationalistischen jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten und der palästinensischen Bevölkerung der Gegend zu beenden. Diese seien durch den Versuch der Zerstörung der Häuser zweier sich in Haft befindender Palästinenser verursacht worden. Bei den beiden handelt es sich um Tatverdächtige des tödlichen Angriffs auf einen Israeli im Westjordanland im Dezember 2021 (vgl. BN v. 20.12.21).

Republik Kongo

Folterfall: Polizisten verurteilt

Der französische Auslandssender Radio France Internationale berichtete am 10.02.22, dass u.a. vier Polizisten, die mit einem viral gegangenen Video der Folteranwendung gegen jugendliche mutmaßliche Straftäter in der Hauptstadt Brazzaville überführt wurden (vgl. BN v. 10.01.22), wegen Körperverletzung zu jeweils zehnjähriger Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden. Während die nationale NGO Centre d'actions pour le développement wegen einem Fall der Folter mit Todesfolge auch die Qualifikation der Tat als Mord forderte, hatte die Staatsanwaltschaft ausschließlich eine Strafbarkeit der Angeschuldigten wegen Körperverletzung angenommen und eine Gesamtfreiheitsstrafe von jeweils 20 Jahren beantragt. Von dem Urteil würde sich die Staatsanwaltschaft und der Nebenklägervorteiler eine abschreckende Wirkung auf jene Polizeibedienstete erhoffen, die Folterpraktiken anwenden. Einer der Verteidiger habe sich beklagt, dass die Begehungsweise dem üblichen Modus Operandi der Polizei entsprechen würde und diese auf direkten Befehl der übergeordneten Ebene gehandelt hätten.

Republik Moldau

Fünf ehemalige Parlamentsabgeordnete festgenommen

Auf Betreiben der Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft wurden am 04.02.22 fünf ehemalige Parlamentsabgeordnete vorläufig festgenommen. Ihnen werden Medienberichten zufolge Bestechlichkeit und illegale Bereicherung im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Fraktionswechsel von der Fraktion der Kommunistischen Partei (PCRM) zur Demokratischen Partei (PDM) im Jahr 2015 zur Last gelegt. Das Berufungsgericht in Chisinau bestätigte am 10.02.22 die Festnahmen. Einer der Festgenommenen, der ehemalige Abgeordnete Artur Reshetnikov, trat nach eigener Aussage vorübergehend in einen Hungerstreik und bezeichnete die Festnahme als politisch motiviert durch die aktuelle Staatspräsidentin Sandu. Die seit dem Jahr 2021 amtierende pro-westliche Regierung hat sich die Bekämpfung von Korruption und Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit zum Ziel gesetzt (vgl. BN v. 11.10.21 u. 16.08.21).

Saudi-Arabien

Drohnenangriff auf saudischen Flughafen

Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition erklärte, die saudischen Luftverteidigungskräfte hätten am 10.02.22 eine Drohne zerstört, die auf den Flughafen von Abha, im Süden Saudi-Arabiens, gerichtet war. Bei dem Vorfall wurden zwölf Menschen durch Schrapnelle der mit Sprengstoff beladenen Drohne verletzt, als diese von der Luftabwehr zerstört wurde. Die mit dem Iran verbündeten, jemenitische Houthi-Gruppe bekannten sich zu dem Angriff.

Senegal

Kommunalwahlen

Am 23.01.22 haben rd. 6,6 Mio. Wähler, darunter 250.000 Erstwähler, 553 neue Bürgermeister, fünf Oberbürgermeister und 44 Kreispräsidenten gewählt. Erstmals wählten die Senegalesen die Verwaltungsoberhäupter direkt. Dazu war im August 2021 das Wahlgesetz vom Parlament angepasst worden. Die Kommunalwahl, ursprünglich für 2020 geplant und zweimal wegen der COVID-Pandemie verschoben, gilt insbesondere in den Städten Dakar und Ziguinchor als Gradmesser für die im Jahr 2024 stattfindende Präsidentschaftswahl. In Ziguinchor im Süden des Landes hat Ousmane Sonko mit der Koalition Yewwi Askan Wi (YAW) die Wahl für sich entschieden. In der Hauptstadt Dakar hat Bathelémy Diaz, der von der Regierungskoalition Benno Bokk Yaakar (BBY) zu YAW wechselte, die meisten Stimmen erhalten. YAW hat sich im Herbst 2021 als Bündnis um die Partei PASTEF Les Patriotes und andere Parteien gegründet. Die neu gegründete Oppositionskoalition konnte wichtige Unterstützer aus dem Lager Y'en a marre Frapp um Guy Marius Sagna und Khalifa Sall, Vorsitzender der Parti Socialiste (PS), für sich gewinnen und hat Siege in wichtigen Städten errungen.

Abdoulaye Baldé, abgelöster Bürgermeister von Ziguinchor, hatte im Zuge der Wahlen die Regierungskoalition BBY verlassen, um seine eigene Koalition unter dem Namen UCS Mbolo (Union Centriste du Senegal) zu gründen. Die Debatte um ein möglicherweise bei den Wahlen 2024 von Macky Sall, dem amtierenden Präsidenten, angestrebtes drittes Mandat dürfte bei der Wählerentscheidung eine Rolle zugunsten der Oppositionskoalition gespielt haben. Die Wahlkommissionen bestätigten einen transparenten und weitestgehend friedlichen Verlauf der Wahlen.

Somalia

Mehrere Anschläge in verschiedenen Orten

Am 09.02.22 wurden bei einer Explosion in einem Restaurant im Einkaufszentrum Al Macruuf in Bosaso (Puntland) mindestens vier Menschen getötet und sieben weitere verletzt. Die Sicherheitskräfte haben eine groß angelegte Fahndung nach den Verantwortlichen eingeleitet. Bislang hat sich noch niemand zu dem Anschlag bekannt.

Bei einem Angriff von al-Shabaab in Barawe (Südwestsomalien) wurden am 09.02.22 durch Beschuss vier Zivilpersonen getötet und acht weitere verwundet. Am selben Tag fanden in Südwestsomalien Wahlen für das nationale Parlament statt. Laut aktuellem Zeitplan müssen die Parlamentswahlen bis zum 25.02.22 abgeschlossen sein, um die Präsidentschaftswahlen durchführen zu können.

Bei einem Selbstmordattentat an einer belebten Kreuzung in Mogadischu, das auf einen Kleinbus mit einer Delegation, die an den Parlamentswahlen beteiligt war, zielte, wurden am 10.02.22 sechs Zivilpersonen außerhalb des Kleinbusses getötet und 13 verletzt. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Anschlag.

Sri Lanka

Gericht ordnet vorübergehend Freilassung von inhaftiertem Anwalt an

Am 07.02.22 ordnete ein sri-lankisches Gericht die Freilassung auf Kautions des seit April 2020 inhaftierten muslimischen Anwalts Hejaaz Hizbullah an. Hizbullah, hat sich als Fürsprecher der muslimischen Minderheit des Landes einen Namen gemacht. Von Seiten der Sicherheitsbehörden wurde ihm eine Verbindung zu den terroristischen Anschlägen am 21.04.19 vorgeworfen. Im Zuge der Ermittlungen konnten jedoch keine Beweise für eine Beteiligung vorgelegt werden, die Anklagepunkte gegen ihn wurden mehrfach verändert. Die letzte Anklage wurde am 18.02.21 durch den Obersten Gerichtshof wegen der „Anstiftung zu kommunaler Disharmonie“ unter dem Prevention of Terrorism Act (PTA) erhoben.

Am 15.12.21 wurde Ahnaf Jazeem, ein muslimischer Poet, ebenfalls nach monatelanger Haft auf Kautions entlassen. Er wurde im Mai 2020 unter dem PTA wegen des Vorwurfs, Extremismus befördert zu haben, verhaftet. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Inhaftierungen und setzten sich für die Freilassung der beiden Männer ein. Das Europäische Parlament äußerte sich besorgt über die Fälle.

HRW-Bericht zu Terrorismusgesetz

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte am 07.02.22 einen Bericht über das umstrittene Terrorismusgesetz PTA. Der überwiegend gegen Angehörige der tamilischen und muslimischen Minderheit sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen angewandte PTA habe in der Vergangenheit zu willkürlichen Inhaftierungen sowie Folter und Misshandlung zur Erlangung von Geständnissen geführt, so die Organisation. HRW kritisiert, dass selbst bei einer Implementierung der am 27.01.22 seitens der Regierung vorgestellten Anpassungen (vgl. BN v. 31.01.22) der missbräuchliche Rahmen des PTA weiterhin bestehen bleibe. So wird u.a. darauf verwiesen, dass der Änderungsentwurf keine Definition von Terrorismus beinhalte und Verhaftungen ohne Haftbefehl sowie Inhaftierung bis zu zwölf Monaten (zuvor 18 Monate) ohne richterlichen Beschluss weiterhin ermögliche. Menschenrechtsverteidigenden zufolge komme es nach wie vor regelmäßig zu Verhaftungen unter dem PTA, eine unabhängige Überprüfung sei jedoch häufig nicht mehr möglich, u.a. aufgrund des Verlusts der Unabhängigkeit der Human Rights Commission of Sri Lanka (HRCSL). HRW verweist auf einen Briefwechsel mit der HRCSL im Januar 2022, dem zufolge im Jahr 2021 109 Verhaftungen unter dem PTA registriert worden seien und sich aktuell (Stand: 07.01.22) 392 Personen unter dem PTA in Untersuchungshaft befänden und 92 weitere mit einem Haftbefehl unter dem PTA inhaftiert seien. HRW bekräftigt im Bericht die Forderung, den PTA aufzuheben.

und zwischenzeitlich, bis zur Ausarbeitung eines annehmbaren Gesetzes, ein sofortiges Moratorium für die Anwendung des PTA zu verhängen.

Sudan

Anhaltende Demonstrationen / Krankenhäuser im Fokus

Am 07.02.22 kam es in zahlreichen Städten des Landes, darunter auch in der Hauptstadt, zu erneuten Demonstrationen gegen den Putsch des Militärs und für eine rein zivile Regierung. Die in Karthum „Marsch der Millionen“ genannten und regelmäßig stattfindenden Demonstrationen hatten den Palast der Republik als Ziel. Die Demonstrierenden äußerten in Sprechchören auch ihre Unterstützung für die Blockade der nördlichen Verbindungsstraße nach Ägypten (vgl. BN v. 07.02.22). Berichten zufolge sperrte das Militär im Zuge der Demonstrationen eine Verbindungsbrücke zwischen dem Stadtkern Karthums und den nördlichen Stadtteilen mit Schiffscontainern und Stacheldraht. Damit sollte die Teilnahme an der Demonstration in der Stadt verhindert werden, da zuvor durch das Staatssicherheitskomitee ein Versammlungsverbot für das Stadtzentrum ausgesprochen worden war. Weiteren Berichten zufolge wurden bei Demonstrationen in der Stadt Omdurman vier Demonstrierende durch scharfe Munition verletzt. Zudem seien Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt worden. Insgesamt seien nach Angaben des Zentralkomitees Sudanesischer Ärzte 63 Personen verletzt und behandelt worden. Am 10.02.22 kam es zu weiteren Demonstrationen gegen den Militärputsch.

Die Sicherheitskräfte der Regierung gehen seit dem Putsch am 25.10.21 immer wieder auch gegen Krankenhäuser und deren Personal vor. Am 07.02.22 versuchten die Sicherheitskräfte in Omdurman mehrmals auf das Gelände eines Krankenhauses vorzudringen, in dem verletzte Demonstrierende behandelt wurden. Sie hinderten dabei mehrere verletzte Personen am Betreten des Krankenhauses. Bei einer ähnlichen, früheren, Aktion der Streitkräfte verstarb eine verwundete Person, da ihre Behandlung durch die Blockade zu spät erfolgte.

Nachdem am 08.02.22 Sicherheitskräfte das Krankenhaus von El-Fasher, sowie das dort tätige Personal, angriffen, trat das komplette Krankenhaus aus Protest in einen Streik. Die Beschäftigten forderten von der Regierung Schutz vor den Angriffen durch die Sicherheitskräfte.

Behinderung des freien Journalismus

Am 07.02.22 teilte die Rundfunkanstalt BBC über Twitter mit, dass drei Reporter der BBC Arabic von Sicherheitskräften festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht worden seien. Das betroffene Team war vom sudanesischen Ministerium für Information akkreditiert und berichtete aus Karthum. Die BBC sei in diesem Fall in einem engen Austausch mit den sudanesischen Behörden und bemühe sich um eine schnelle Freilassung ihrer Mitarbeiter. Es kam seit dem Putsch am 25.10.21 immer wieder zu repressiven Maßnahmen gegen Medien- und Nachrichtenagenturen, sowie deren Personal. Die Maßnahmen reichen von direkten Angriffen der Sicherheitskräfte gegen Journalistinnen und Journalisten, über Festnahmen bis hin zur Stürmung, Schließung der Büros und Beschlagnahmung von Ausrüstungsgegenständen (vgl. BN v. 17.01.22).

Verhaftung politischer Gegner

Medien berichteten in der vergangenen Woche über die Festnahmen von Vertretern der oppositionellen Partei Forces of Freedom and Change (FFC) sowie von Mitgliedern der Widerstandskomitees. Bereits im direkten Nachgang des Putsches im Oktober 2021 wurden zivile Politiker bzw. politisch aktive Personen, auch von der FFC, inhaftiert und erst aufgrund internationalen Drucks wieder freigelassen. Als Begründung für die Verhaftungen wurde u.a. der Vorwurf der Korruption aufgeführt. Dabei wurde offiziell betont, dass die Verhaftungen nicht politisch motiviert seien. Berichten zufolge fehle bei manchen der inhaftierten Personen jedoch eine offizielle Anklage.

Dieses Vorgehen führte zu starker internationaler Kritik. Das Außenministerium wies diese jedoch zurück. Solche Äußerungen seien eine „eklatante Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten des Sudan. Medien berufen sich zudem auf Berichte aus den Reihen des Widerstands gegen den Militärputsch, wonach bisher mehr als 2.000 Personen inhaftiert wurden oder Opfer des „Verschwindenlassens“ geworden seien.

Sicherheitslage in Darfur

Die Sicherheitslage in der Region Darfur ist weiterhin sehr angespannt. Am 08.02.22 überfielen bewaffnete Personen das Dorf Gura Farjawiya in Nord Darfur. Die Angreifer nahmen den Bürgermeister gefangen und forderten die Herausgabe von Geld oder Vieh. Nachdem die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes auf die Forderungen nicht eingingen, eskalierte die Lage. In der Folge wurden zwei Personen getötet und acht verletzt. Die Angreifer plünderten das Dorf und brannten einige Bauernhöfe nieder, ehe Kräfte der Regierung eintrafen. Am folgenden Tag kam es zu einem weiteren Angriff, auf ein anderes Dorf in der gleichen Region. Die Angreifer brannten den Marktplatz nieder. Über Opfer oder Verletzte ist nichts bekannt.

Syrien

Idlib: Sechs Tote bei Artilleriebeschuss

Der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge schlugen am 12.02.22 mehrere Artilleriegeschosse der syrischen Armee an verschiedenen Orten westlich der Stadt Aleppo ein. Eine Salve erreichte auch die Ortschaft Maarat an-Naasan in Idlib und tötete eine sechsköpfige Familie.

Der Syrische Zivilschutz, eine oppositionelle Zivilschutzorganisation (auch bekannt als „Weißhelme“), zählte in den vergangenen sechs Monaten insgesamt 65 Kinder, die durch Bombardements getötet worden seien.

Suweida: Demonstrationen gegen Fördermittelkürzungen

Berichten zufolge versammelten sich am 10.02.22 mehrere Personen zu friedlichen Protesten in der überwiegend drusisch bewohnten Stadt im Süden des Landes. Sie demonstrierten gegen die Kürzung von Subventionen, welche eine Woche zuvor in Kraft getreten war und klagten über eine verschlechterte Wirtschaftslage.

Suweida zählte während des gesamten Syrienkonflikts zu den Gebieten unter Regierungskontrolle. Proteste gegen die Regierung in Damaskus finden nur selten statt.

Al-Hol: Gescheiterter Entführungsversuch

Ein Sprecher der kurdisch geführten Sicherheitskräfte vor Ort bestätigte am 07.02.22, dass es in dem Gefangenenlager für Familienangehörige von IS-Kämpfern zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung gekommen sei, nachdem weibliche Gefangene versucht hätten, die weiblichen Wachposten zu überwältigen und zu entführen. Der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) zufolge seien bei einem anschließenden Feuergefecht ein zehnjähriges Kind getötet und sechs Frauen und Kinder verletzt worden.

Für das Jahr 2021 dokumentierte SOHR insgesamt 89 Opfer von gewaltsamen Auseinandersetzungen in al-Hol, darunter zwei Sicherheitskräfte, sowie 67 irakische und 20 syrische Häftlinge.

Türkei

Abschiebungen nach Syrien

Zwischen dem 01.02. und 07.02.22 wurde u.a. von Middle East Eye, Syria Update und der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) berichtet, dass türkische Behörden am 28.01.22 etwa 150 syrische Geflüchtete abgeschoben hätten, nachdem sie bei Razzien durch die Polizei in Istanbul festgenommen worden waren. Unter den Geflüchteten sollen sich auch Personen mit einer offiziellen Aufenthaltsgenehmigung für die Türkei befunden haben, darunter auch an türkischen Universitäten Studierende. Einige der abgeschobenen Geflüchteten gaben an, vor ihrer Abschiebung von der Polizei gezwungen worden zu sein, türkische Dokumente zu unterschreiben, die sie nicht lesen konnten. Weitere Geflüchtete, die Medienberichten zufolge einen legalen Wohnsitz in der Türkei hatten, seien gezwungen worden, Formulare zur freiwilligen Rückkehr zu unterzeichnen.

Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Fall Cemil Uğur

Am 07.02.22 urteilte der Verfassungsgerichtshof, dass das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit des Journalisten Cemil Uğur verletzt worden sei. Der Journalist verbrachte sechs Monate in Untersuchungshaft, nachdem er über Folter in der türkischen Provinz Van berichtet hatte. Cemil Uğur war einer von fünf Journalisten, die festgenommen wurden, nachdem sie über einen Vorfall berichtet hatten, bei dem zwei Männer, Osman Şiban und Servet Turgut, von Soldaten Provinz Van im Osten der Türkei aus einem Hubschrauber hinausgeworfen worden

waren. Die festgenommenen Journalisten waren bereits am 06.01.21 vom Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung freigesprochen worden.

Verhaftungen wegen Nutzung der ByLock-App

Trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), wonach die Nutzung der Smartphone-Anwendung ByLock keine Straftat darstellt, hat die türkische Polizei am 10.02.22 mindestens 21 Personen wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen. In Istanbul erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen 23 Personen in fünf Provinzen, von denen 21 am Donnerstag festgenommen wurden. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, wegen der Nutzung der App ByLock Verbindungen zur Gülen-Bewegung zu haben.

Verhaftungen wegen mutmaßlicher PKK-Verbindungen

Am 13.02.22 haben türkische Sicherheitskräfte 16 Personen festgenommen, denen vorgeworfen wird, in Verbindung zur PKK zu stehen. Nach einer Erklärung der Stadtverwaltung von Diyarbakir fanden die Festnahmen in Mardin, Istanbul und Antalya statt. Sieben der Verdächtigten wurden in Untersuchungshaft genommen.

Tunesien

Neue Justizaufsicht mittels Präsidialdekret eingerichtet

Am 13.02.22 erließ Präsident Kaïs Saïed ein Dekret, mit dem eine neue Justizaufsicht eingerichtet und das am 06.02.22 von ihm aufgelöste Gremium des Obersten Rates der Justiz ersetzt werden soll. Dem Dekret zufolge kann der Präsident die Auswahl, Ernennung, Beförderungen und Versetzung von Richterinnen und Richtern innerhalb der neuen Justizaufsicht kontrollieren.

Als Reaktion auf die Veröffentlichung des Dekrets versammelten sich am 13.02.22 mehr als 2.000 Personen im Zentrum von Tunis, um gegen die Bildung der neuen Justizaufsicht und für eine unabhängige Justiz zu demonstrieren.

Uganda

Regierungskritiker außerhalb des Landes / weitere Foltervorwürfe

Am 07.02.22 plädierte Kakwenza Rukirabashajja dafür, seinen Fall vor das Oberste Gericht zu bringen und forderte seinen Reisepass ein. Beide Forderungen wurden abgelehnt und die Gerichtsverhandlung für den 23.03.22 festgesetzt. Berichten zufolge befinde er sich aktuell in Malawi, um sich medizinisch versorgen zu lassen. Daneben erhob auch Samuel Masereka, Regional Koordinator der Opposition National Unity Platform (NUP) in Kasese, schwere Foltervorwürfe gegen staatliche Sicherheitskräfte. Berichten zufolge befand er sich vom 07.12.21 bis zum 28.01.22 in Haft. Inzwischen äußerten sich Vertretende der EU und USA besorgt über die zunehmenden Foltervorwürfe gegen die Regierung.

Ukraine / Russische Föderation

Spannungen verschärfen sich weiter, Befürchtung einer militärischen Eskalation

Trotz anhaltender internationaler diplomatischer Schritte hat sich die Konfliktlage rund um die Konzentration russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze und die Befürchtung einer militärischen Eskalation weiter verschärft (vgl. BN v. 31.01.22 u. 07.02.22). OSZE-Angaben vom 13.02.22 zufolge sollen Teile der zivilen Beobachtungsmission (SMM) in der Ukraine auf Initiative einiger an der Mission beteiligten Staaten aus Sicherheitsgründen kurzfristig abgezogen werden. Laut dem SMM-Lagebericht vom 11.02.22 ist die Zahl der Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie im Gebiet Donezk sprunghaft auf 738 im Vergleich zu 27 am Vortag angestiegen. Die SMM berichtet zudem von einer Zunahme von Explosionen und Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit im Konfliktgebiet in der Ostukraine. Angesichts einer befürchteten militärischen Intervention der Russischen Föderation reduzierten in den vergangenen Tagen mehrere Staaten ihre diplomatische Präsenz und riefen ihre Staatsangehörigen zum Verlassen der Ukraine auf. Präsident Selenskyj betonte anlässlich einer Sitzung

des ukrainischen Sicherheitsrates in der Stadt Charkiw am 11.02.22, dass kein Grund zur Panik bestehe und die Ukraine auf jedes Szenario vorbereitet sei. Der Sicherheitsrat beschloss in seiner Sitzung laut Medienberichten keine weitergehenden Maßnahmen wie etwa eine Mobilisierung oder einen Ausnahmezustand. Die Russische Föderation hat bislang mehrfach erklärt, dass sie keine militärische Intervention in der Ukraine plane.

Verhaftungen und Verurteilungen von Krimtataren

Laut Medienberichten wurden im Zuge von Hausdurchsuchungen in verschiedenen Regionen der Krim durch den russischen Inlandsnachrichtendienst FSB am 09.02.22 vier Krimtataren verhaftet. Ihnen werden verfassungswidrige Aktivitäten im Zusammenhang mit einer Mitgliedschaft in der islamischen Gruppierung Hizb ut-Tahrir vorgeworfen. Am 11.02.22 befand ein russisches Gericht die Krimtataren Zekirya Muratov und Vadim Bektemirov der Mitgliedschaft bei Hizb ut-Tahrir für schuldig und verurteilte sie zu Haftstrafen von elf bzw. elfeinhalb Jahren. Beide waren Medienberichten zufolge im Juli 2020 auf der Krim verhaftet worden. Hizb ut-Tahrir ist seit 2003 in der Russischen Föderation als extremistische Vereinigung eingestuft.

Venezuela

Sicherheitsoperation: Tötung des Bandenchefs El Koki

Am 08.02.22 bestätigte Innenminister Ceballos, dass der gesuchte Bandenanführer, Carlos Luis Revet(t)e (bekannt als El Koki), im Zuge der am 06.02.22 begonnenen Polizeioperation Indio Guaicaipuro II in Las Tejerías im Bundesstaat Aragua, rd. 70 km von Caracas entfernt, von Mitgliedern der Spezialeinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) getötet worden ist. Er war im Juli 2021 bei einer Polizeirazzia im von seiner Bande dominierten Viertel Cota 905 in Caracas entkommen und seither auf der Flucht. Zunächst war unklar, ob auch der Las Tejerías operierende und mutmaßlich mit El Koki verbündete Bandenchef Carlos Enrique Gómez Rodríguez, alias El Conejo, bei diesem Einsatz getötet worden ist. Seine Organisation soll das Gebiet als Zelle der mächtigsten Bande des Landes, El Tren de Aragua, kontrollieren. Am 09.02.22 gab der Minister für innere Beziehungen, Justiz und Frieden jedoch bekannt, dass El Conejo am Leben sei und weiter nach ihm gesucht werde.

Tote und Verhaftungen bei Militäroperationen im Bundesstaat Apure

Am 11.02.22 hat Verteidigungsminister Padrino Lopéz auf einer Pressekonferenz berichtet, dass mindestens neun Angehörige bewaffneter Gruppierungen bei der Militäroperation Escudo Bolivariano 2022 im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet im Bundesstaat Apure getötet worden sind.

Er bestätigte außerdem, dass acht Zivilisten einige Tage zuvor durch Landminen getötet worden sind. Zwar war Venezuela 2013 für landminenfrei erklärt worden, Antipersonenminen sollen seither laut Angaben der NGO Fundaredes wieder in den Bundesstaaten Zulia, Táchira, Bolívar und Amazonas vorhanden sein. Laut Angaben des Generalstaatsanwalts Saab sind zudem seit September 2021 insgesamt 62 mutmaßliche Angehörige bewaffneter, terroristischer Drogenhändlergruppierungen aus Kolumbien, sogenannte Grupos Tancol, (Terroristas armados narcotraficantes colombianos) festgenommen worden. Der Großteil dieser Festnahmen erfolgte ebenfalls im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet (46 im Bundesstaat Apure sowie 9 in Táchira) sowie sieben in Bolívar an der Grenze zu Brasilien.

Pressefreiheit: Gerichtliche Enteignung des Redaktionssitzes der Zeitung El Nacional

Im Zuge einer Verleumdungsklage des Vizepräsidenten der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) Diosdado Cabello gegen die regierungskritische Zeitung El Nacional ist deren Hauptsitz in der Wohnsiedlung Los Cortijos de Lourdes im Bundesstaat Miranda am 07.02.22 durch die venezolanische Justiz an Cabello übertragen worden. Bereits im Mai 2021 hatte der Oberste Gerichtshof El Nacional wegen „entstandenen moralischen Schadens“ durch deren Berichterstattung über eine Verbindung Cabellos mit Strukturen des Drogenhandels zu einer Strafe von mehr als 13 Mio. USD verurteilt und die Zeitung beschlagnahmt. Zahlreiche internationale Medien, NGOs und Medienschaffende verurteilten diesen Schritt als Angriff auf die Pressefreiheit und kritisierten das Gerichtsverfahren sowie die Entscheidung der Richterin aus einer Pro-Chávez Familie als willkürlich. Am Nachmittag des 11.02.22 war zudem die Internetseite der Zeitung zeitweise blockiert.

Vietnam

Verhaftung von Umweltaktivistin

Am 09.02.22 wurde bekannt, dass die prominente Umweltaktivistin Nguy Thi Khanh bereits im Januar 2022 verhaftet wurde. Ihr werde Steuerhinterziehung vorgeworfen. Khanh ist Gründerin des Green Innovation and Development Center, einer Organisation zur Förderung nachhaltiger Entwicklung im Land. Sie setzte sich insbesondere für umweltfreundliche und nachhaltige Alternativen der Energieerzeugung ein. 2018 wurde sie mit dem Goldman Umweltpreis ausgezeichnet. Am 11.01.22 wurden zudem ein Journalist wegen Steuerbetrugs und am 24.01.22 ein weiterer Umweltaktivist wegen Steuerhinterziehung zu Haftstrafen von vier und fünf Jahren verurteilt. Beide sind Berichten zufolge Mitglieder eines Netzwerks zivilgesellschaftlicher Organisationen, welches die Auswirkungen des im August 2020 in Kraft getretenen Freihandelsabkommens zwischen Vietnam und der EU auf Umweltstrategien, Landrechte und die Rechte von Arbeitnehmenden beobachtet. Beide wurden im Juni 2021 verhaftet.

Zentralafrikanische Republik

Politische Stabilität: Premierminister ersetzt

Am 07.02.22 entließ Staatspräsident Faustin-Archange Touadéra den bisherigen Premierminister Henri-Marie Dondra, der am erst seit Juni 2021 im Amt gewesen war. Touadéra ernannte den bisherigen Wirtschaftsminister Félix Moloua, der ihm Medienberichten zufolge nahestehe, zum neuen Regierungschef. Die Entlassung Dondras soll auf dessen eigenes Rücktrittsgesuch hin erfolgt sein. Begründet wird dies mit Spannungen innerhalb der Exekutive zwischen pro-russischen und pro-französischen Fraktionen, wobei Dondra sich gegen den großen Einfluss der russischen privaten Söldnertruppe Wagner positioniert haben soll.

„Dialog der Republik“ vor Beginn

Nachdem die Vertretenden der Opposition dem Vorbereitungskomitee für den „Dialog der Republik“ (dialogue républicain) wieder beigetreten sind, wird der Beginn für den März 2022 angestrebt. Das von Staatspräsident Touadéra schon lange angekündigte Forum hat einen anhaltenden Frieden und die nationale Aussöhnung zum Ziel (vgl. BN v. 11.10.21). Dem Wiedereintritt der Oppositionsvertretenden war vorausgegangen, dass der Antrag zur Aufhebung der Immunität ihrer Politiker Anicet Georges Dologuélé (Gegner von Touadéra bei der Präsidentschaftswahl vom 27.12.20), Aurélien Simplicie Zingas und Martin Ziguélé von der Justiz zurückgezogen wurde. Die Politiker hatten im Zusammenhang mit dem versuchten Umsturz durch die Rebellenallianz Coalition des patriotes pour le changement (CPC) Anfang 2021 (vgl. BN v. 11.01.21 u. 18.01.21) gehört werden sollen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de